Nr. 311 XXVII. Jahrgang — Sonnabend, 15. November 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 18 6 38, 13 8 07, 17 1 98. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die 54 mm breite Kolonelzeile kostet 90 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Tabellen- oder Kunstsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellungen von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2.00, vierteljährlich M. 6.00. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00; B mit „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.15, vierteljährl. M. 6.45. Postbezug im Ausland d. Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.20, nach dem Auslande M. 1.30. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Kohlennot und Verkehrssperre

Von unserer Berliner Redaktion

+ Berlin, 14. November. Einer der hauptsächlichsten Gründe für den bisherigen Tiefstand der Kohlenförderung war das Wohnungselend in den Grubenbezirken. Infolge des ungeheuren Wohnungsmangels war ein ständiger Zuzug und Abgang unter den Bergleuten festzustellen. Man könnte sagen, daß es wie in einem Taubenschlag zuging. Natürlich war die Folge, daß es unmöglich war, ein ausgebildetes Bergwerkspersonal heranzubilden. Jetzt endlich scheint sich die Regierung aufgerafft zu haben, diesem Wohnungselend abzuhelfen. Es ist nämlich ein Reichsgesetzentwurf in Vorbereitung, der beabsichtigt, durch großzügige Maßnahmen die Wohnungsnot in den Bergbaubezirken zu beseitigen. Wie der „Vorwärts" nämlich mitteilt, werden Heimstättenverbände zur Vermietung und Verwaltung ihrer Heimstätten mit örtlichen Mietgenossenschaften gebildet werden. Die Bergarbeiter können die Heimstätten zu eigen erwerben zum Werte von etwa dem vierten Teil des Baupreises unter der Voraussetzung, daß die Heimstätten dauernd den Bergarbeitern erhalten bleiben und jede spekulative Veräußerung unterbleibt. Geplant ist die beschleunigte Errichtung von etwa 100 000 Bergarbeiterheimstätten, die etwa 150 000 Bergarbeitern ein menschenwürdiges Wohnen ermöglichen sollen. Damit wird zweifellos ein Gegenstand, der dauernd Anlaß zum Unfrieden bot, beseitigt werden. Der Bergarbeiter wird eine gesunde und geräumige Wohnung erhalten und wird den Mietkasernen, in denen er bisher wohnte, den Rücken wenden können. Man verspricht sich durch diese Errichtung von 100 000 Bergarbeiterheimstätten eine Steigerung der Kohlenförderung um 30 000 000 Tonnen.

Ueber die Wirkungen der Personenverkehrssperre sind an die zuständigen Stellen aus einzelnen Gegenden recht befriedigende Nachrichten gekommen. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet hat sie auf die Wagengestellung günstig gewirkt, was von um so größerer Bedeutung ist, als auch die Förderung zwar langsam, aber stetig zunimmt. Auch im Niederlausitzer Braunkohlengebiet hat sich die Wagengestellung erheblich gebessert. Während vor der Sperre nur 15 bis 20 v. H. der angeforderten Wagen gestellt werden konnten, kann jetzt der Anforderung bis zu 40 v. H. entsprochen werden, und man hofft, diesen Satz noch auf 90 v. H. zu bringen, wodurch die Räumung der auf den Halden angesammelten Brikettstapel möglich wäre. Auch das Lokomotiv- und Wagenmaterial hat eine bemerkenswerte Besserung erfahren. — Die Befürchtung, daß die Kohlentransporte auf den Wasserstraßen gefährdet werden könnten, wird an unterrichteter Stelle solange als unbegründet bezeichnet, als sich wider Erwarten nicht starke Fröste einstellen sollten. Wohl bringt die bei Küstrin in die Oder mündende Netze Treibeis mit sich, doch behindert dies den Transportverkehr mit Berlin und Mitteldeutschland nicht. Die Kohlentransporte auf der Oder und die Verladung der Kohlen im Coseler Umschlagshafen gehen ungestört vonstatten. Weichsel, Netze und Warthe sind zwar zugefroren, doch ist dies für den deutschen Kohlentransport bedeutungslos, da uns die polnische Sperre eine Ausnutzung dieser Wasserläufe zunächst nicht gestattet. Der Schneefall hat die Binnenschiffahrt auf der Oder und auf der Elbe in keiner Weise gestört.

Die süddeutschen Staaten haben zwar beim Reichsamt des Innern beantragt, daß die Verkehrssperre verlängert werden möge, aber an den zuständigen Stellen in Berlin will man von einer weiteren Verlängerung der Sperre nichts wissen. Man ist im Reichsverkehrsministerium allgemein der Auffassung, daß sie der Bevölkerung aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden kann. Nach einer Mitteilung aus dem Reichsverkehrsministerium fällt das

Ende der Personenzugssperre

auf den 15. November. Vom 16. an oder vielmehr, da der 16. November ein Sonntag ist, an denen in Sachsen der Personenverkehr bis auf weiteres noch ruht, vom 17. November an werden auf sämtlichen dem öffentlichen Verkehr dienenden Haupt- und Nebeneisenbahnen die im Interesse der Erhaltung der Wirtschaft unbedingt notwendigen Personen- und Schnellzüge wieder gefahren werden. Sollte die Durchführung dieses Verkehrs, so heißt es weiter, zu Schwierigkeiten in der Kartoffel- und Kohlenversorgung führen, so muß mit einer Wiederholung der völligen Verkehrssperre gerechnet werden. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." hört, ist die günstige Wirkung der Verkehrssperre nicht ausgeblieben. Nach der etwas eigenartigen Formulierung des Blattes könnte sie dahin zusammengefaßt werden, daß „die ungünstige Wirkung des Wetters durch die günstige Wirkung der Personenverkehrssperre zum mindesten ausgeglichen" worden sei. Trotzdem darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Brikettfrage und die Frage der Kohlentransporte noch immer schwierig bleibt.

*

Erleichterung der amerikanischen Kohleneinfuhr

Der Reichsrat nahm in öffentlicher Sitzung unter Vorsitz des Ministers Koch eine Aenderung der Kohlensteuer-Ausführungsbestimmungen an, die zur Erleichterung der Einfuhr amerikanischer Kohle dienen soll. Bei der Steuerzahlung wird künftighin der Umrechnung ein mittlerer Friedenskurs zugrunde gelegt. In zweiter Lesung angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher. Tagegelder und Reisekosten der Rechtsanwälte sind um [illegible] Gebühren der Gerichtsvollzieher abermals um 20 v. H. erhöht.

Die Unterstützung Deutschlands

Die Wirtschaftskrisis, der wir unaufhaltsam zusteuern, macht der Welt von Tag zu Tag klarer, daß es unmöglich ist, wie unsre Gegner planen, uns wirtschaftlich aufs äußerste auszunützen und zugleich auch uns wirtschaftlich niederzuhalten. Wollen die Sieger den Ertrag der unmenschlichen Friedensbedingungen ernten, müssen sie vor allem dafür sorgen, daß in Deutschland wieder produziert wird, und dazu ist nötig, daß sie uns die [illegible] und das ebenso notwendige Betriebskapital zukommen lassen und nicht ängstlich dafür sorgen, uns dauernd vom Weltmarkt abzuschließen. Aus nichts können auch selbst die betriebsamen Deutschen nichts schaffen. Diese Erkenntnis ist im neutralen Ausland schon lange durchgedrungen. In Holland und in der Schweiz, wie auch in Spanien ist man lebhaft interessiert an der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftskraft. Die Frage unserer Unterstützung durch langfristige Kredite spielt im Ausland daher eine große Rolle. Sie wird auch in der folgenden Ausführung eines Schweizer Blattes erörtert:

× Zürich, 13. November. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt: **Der heutige Stand der Markvaluta hängt zum Teil auch mit einer falschen Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten Deutschlands zusammen. Die Gestaltung der Markvaluta sollte den maßgebenden Wirtschaftspolitikern der Entente endlich die Augen öffnen. Der französische Staat, der im Laufe der nächsten Jahre gewiß Beiträge von Deutschland zu empfangen hat, sollte also in erster Linie auf eine Besserung der Verhältnisse hinarbeiten. Dies kann geschehen durch Schritte, die außerhalb des Bereiches von Deutschland liegen, so namentlich durch Einräumung von Valutakrediten von seiten Amerikas, ferner durch die Verstopfung des Loches im Westen. Die Zeit wäre wahrhaftig gekommen, daß die Regierungen aller Länder den Fachleuten das Wort erteilen und eine Währungskonferenz einberufen sollten, um den ganzen Fragenkomplex der Zahlungsbilanz wissenschaftlich zu klären. Die Einberufung einer solchen Konferenz darf nicht mehr aufgeschoben werden, wenn nicht die Gefahr eines Zusammenbruches des Weltkredits täglich näher gebracht werden soll.**

* New-York, 14. November. „Associated Preß" meldet aus dem Haag, daß man in Holland eine niederländische Staatsanleihe an Deutschland für wahrscheinlich hält, da Holland der Ansicht huldige, daß die kommerzielle und finanzielle Wiederherstellung Deutschlands für die Ruhe der ganzen Welt nötig sei.

Es ist bezeichnend, daß gerade das neutrale Ausland den klareren Blick in diesen Verhältnissen beweist und nicht die Entente, die doch unmittelbar an einer Hebung des wirtschaftlichen Ertrages Deutschlands interessiert ist. Die Neutralen sehen in uns das gleichberechtigte Kulturvolk, dessen Arbeitsleistung sie nicht entbehren können, die andern aber sehen in uns immer noch nur den besiegten Feind, dessen wirtschaftliche und völkische Erstarkung sie mehr fürchten, als ihnen seine Ausbeutung bis aufs äußerste wert ist. Sie suchen uns daher niederzuhalten, solange sie können. Nur die nüchtern rechnenden Amerikaner gesellen sich zu den Neutralen. Nach einer Meldung des Pressebureaus Radio aus Annapolis sollen der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin Gerard und Otto Kahn in New-York bei einem Essen des Rates für auswärtige Angelegenheiten Reden gehalten haben, in denen sie dafür eintraten, daß Amerika Deutschland bei seinem Wiederaufbau behilflich sein und baldigst die Handelsbeziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen sollte.

Dieser vernünftigen Anschauung, daß Deutschland auf die Dauer nicht vom Weltmarkt ausgeschlossen bleiben kann, daß im Gegenteil das Interesse aller Kulturvölker verlangt, uns wieder so bald wie möglich in das Weltwirtschaftsgetriebe als vollwertigen Faktor einzusetzen, werden sich früher oder später auch die wütendsten Gegner beugen müssen.

Am dringendsten notwendig ist zweifellos

eine Hilfsaktion für Oesterreich

das unter den Folgen des Krieges fürchterlich leidet. Die Notwendigkeit eines energischen Eingreifens zur Rettung des verzweifelt kämpfenden Staates ist von der Entente schon längst erkannt und zugegeben worden. Bis jetzt sind aber alle hierzu angekündigten Unternehmungen auf dem Papier stehengeblieben, oder haben, soweit sie ausgeführt wurden, nur gewirkt, wie ein Tropfen auf einem heißen Stein. Man wird daher auch auf die folgende Ankündigung einer Unterstützung Oesterreichs nicht allzu große Hoffnung setzen können, da die Not über alle Grenzen geht. Die Meldung lautet:

T. Wien, 14. November. (Eig. Drahtbericht.) **Man glaubt, daß die österreichische Republik schon in der nächsten Woche die angekündigte Anleihe zum Ankauf von Lebensmitteln erhalten wird. Im vorigen Jahre wurde der Republik von den Vereinigten Staaten ein Kredit von 48 Millionen Dollar eingeräumt, und man erwartet, daß der jetzige Kredit ebenso groß sein wird.**

T. Wien, 14. November. (Eig. Drahtbericht.) **Die Kohlenfrage in Wien ist unverändert** schlecht. Der Einlauf von Oberschlesien ist sehr schwach und richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Waggons. Da großer Waggonmangel herrscht, sind die Anlieferungen geringer. Die polnische Kohle kommt in ganz geringen Quantitäten. Die tschechische Kohle bleibt weit hinter dem vereinbarten Kontingent zurück. Der Waggonmangel macht sich überall empfindlich bemerkbar. Die Betriebsstörungen auf den Eisenbahnen nehmen immer mehr zu. Der Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke wird nur mühevoll aufrechterhalten. Auch die Hausbrandkohlen werden nicht ausgefolgt.

Der Bürgermeister von Wien hat einen Aufruf an alle deutschen Stammesbrüder erlassen, in dem er auf die Notlage Deutsch-Oesterreichs hinweist und unter anderem ausführt: „Wir stehen vor der kaum abzuwendenden Notlage, die Elektrizitätswerke der Stadt Wien stillegen zu müssen. An der Lahmlegung der Gewerke gesellt sich auch die Lahmlegung der großen Brotfabriken Wiens. Die Stadt muß hilflos zusehen, wie die heranwachsende Jugend verkommt, wie Tausende Kinder sterben, wie Mütter hungern und ihre Säuglinge [illegible] können. Sie kann ihren Kranken nicht mehr helfen, die in den Krankenhäusern vergebens auf Genesung warten, weil es an dem Notwendigsten gebricht. Deutsche Stammesbrüder, wenn irgend nur Deutschen in ihrer Gesamtheit eine gemeinsame Pflicht erwächst, dann ist es hier, wo ein lebendiges nationales Gut in schreckliche Bedrängnis geriet!"

Was von Deutschland geschehen kann, wird gewiß getan werden, um diesem Elend abzuhelfen. Eine durchgreifende Linderung dieser Not ist aber nur möglich durch eine Revision des Friedensvertrags und durch eine internationale Verständigung.

*

Unsre Aufnahme in den Völkerbund

⊕ Rotterdam, 14. November. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" zufolge erklärte Lloyd George am 11. d. M. auf eine Anfrage der Arbeiterparteien im Unterhause, nach seiner Meinung würde die Probezeit für Deutschland vor dem Eintritt in den Völkerbund nicht vor 1921 zu Ende gehen.

*

Eine sinnlose Verdächtigung

Aus der Schweiz eingehende Nachrichten besagen, daß dort eine Werbearbeit in dem Sinne bemerkbar sei, die Schweiz vom Eintritt in den Völkerbund abzuhalten. Auch tritt die Behauptung auf, daß die dem Völkerbund entgegenarbeitende Propaganda von deutscher Seite gefördert werde. Die deutsche Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß sie dieser Bewegung fernsteht, die den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund zu verhindern sucht. Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Ausbau des Völkerbundes durch den Beitritt der ihm zur Zeit noch nicht angehörenden Regierungen gefördert werden muß.

× Bern, 13. November. Der Nationalrat setzte die Debatte über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund fort. Bundesrat Calonder sprach in längeren Ausführungen über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund und sagte, er zweifle nicht daran, daß der Augenblick kommen würde, wo die Mittelmächte ebenfalls zum Völkerbunde zugelassen werden würden. Die Neutralität der Schweiz sei ausdrücklich verbürgt worden.

Aus dem besetzten Gebiet

× Mainz, 13. November. Gemäß einer Entscheidung vom 11. d. M. hat General Degoutte, Oberbefehlshaber der Rhein-Armee, die Einfuhr der „Volksstimme" und der „Frankfurter Zeitung" für drei Monate verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß die Volksstimme am 8. d. M. einen gehässigen Artikel gegen die französische Armee veröffentlicht habe. Was die „Frankf. Ztg." betrifft, so ziehe sie jeden Tag die Absichten der französischen Behörde in Verdacht und veröffentliche verleumderische Artikel, die den einzigen offenkundigen Zweck hätten, mit ständigem Vorurteil und Unehrlichkeit die Bevölkerung gegen die französischen Behörden und Truppen aufzuhetzen, ohne sich um die Wahrheit zu kümmern.

× Frankfurt, 13. November. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." aus Saarbrücken erließ General Andlauer, der oberste militärische Verwalter des Saar-Gebiets, eine Bekanntmachung an die Bevölkerung, wonach das Recht auf Arbeitseinstellung aufgehoben wird. Für den Fall eines Ausstandes wird ein Sondergericht in Saarbrücken errichtet, das mit weitgehender Strafbefugnis gegen zuwiderhandelnde Arbeiter ausgestattet ist.

× Düren, 13. November. Das hiesige britische Kriegsgericht hat einen angesehenen Dürener Bürger zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in seinem Hause die von einem alliierten Offizier bewohnten Zimmer nicht genügend geheizt habe.

*

Streiks und Betriebseinstellung

Nach einer Meldung aus Mainz hat die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im Gebiet von Mainz, Wiesbaden und Biebrich, insgesamt 2000 Mann, wegen Nichtanerkennung des Reichstarifs gestern die Arbeit niedergelegt. — Wegen der technischen Schwierigkeiten, die sich infolge des Angestelltenausstandes ergeben, hat sich die Firma Heinrich Lanz genötigt gesehen, den ganzen Betrieb einzustellen.

Gegen die Wahlen in Oberschlesien

Havas meldet aus Paris: Der Oberste Rat genehmigte den Entwurf eines Briefes betr. die Gemeindewahlen in Oberschlesien, der unverzüglich an Herrn v. Lersner gesandt werden wird. Die früher für diese Wahlen angenommenen Grundsätze werden zur Zeit aufrechterhalten.

Hoover der Verwalter Danzigs?

* Danzig, 14. November. Laut Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte wurde Hoover zum Verwalter Danzigs bis zur Ernennung eines Oberkommissars durch den Völkerbund ernannt.

Englische Nebel und Umrisse

Die Regierung Lloyd George hat durch die gefährlichen und teilweise spannenden Episoden der letzten Wochen an Kraft und Selbstsicherheit ungemein gewonnen. Nachdem die entscheidende Probe im Eisenbahnerausstand abgelegt war, hatte die Möglichkeit eines Frontwechsels der radikalen Arbeiterschaft für absehbare Zeit auszuscheiden. Von dieser Seite droht keine Gefahr. Wohl aber war neben der natürlichen Verbitterung und Revanchelust der aus dem Sattel gehobenen Gewerkschaftsführer, unter den Politikern mehr als in den Massen, eine gewisse parlamentarische Vorkrisenstimmung zurückgeblieben, die nach Entladung drängte. An den verschiedensten Stellen und bei den merkwürdigsten Gelegenheiten sprangen auf der glatten Fläche einer geruhsam lagernden Mehrheit Zweifel und Widerstöße auf, Vorboten kommender Stürme: Wetterdeuter schritten nicht ohne Besorgnis den Horizont ab. Ein Teilerfolg, der niemand mehr überrascht und in Verlegenheit gebracht haben kann als die verschiedensten Elemente dieser erwähnten Opposition, hat zu einem entscheidenden Rückschlag und zu einer Zerstreuung der Revolte in alle Himmelsrichtungen, aus denen sie gekommen war, geführt.

Der Ablauf der Ereignisse war für die Vorkenner Englands ein Erlebnis. Der Stoß kam nicht von links, sondern aus der reaktionärsten Ecke des konservativen Lagers, dessen Reste nach allen Regeln mitteleuropäischer Gefühlswitterung längst hätten abgebrochen sein sollen. Ein Fremdengesetz stand zur Beratung, und das hemmungslose Absperrungsbegehren der Konservativen, die am liebsten tabula rasa machen möchten, war mehreremal auf einen gewissen Widerstand bei der Regierung gestoßen, die, wo nicht auf Deutsche und Russen, so doch auf Verbündete und Neutrale Rücksichten zu nehmen hat, von denen Sir Edward Carsons Schule nichts wissen will. Solche Rücksichten, verstärkt durch vertragliche Verpflichtungen gegen Frankreich, suchte sie vergebens anläßlich des Lotsenparagraphen zur Geltung zu bringen, der im Regierungsentwurf gewisse beengte Einschränkungsberechtigungen für französische Lotsen in englischen Häfen bestehen ließ. Infolge dieser beschränktesten aller liberalen Konzessionen wurde die Regierung von einer ad hoc gebildeten Koalition geschlagen, in der sich mit einem Stamm von Tories eine Fronde von Gewerkschaftlern zusammenfand, wobei von letzteren schwer zu sagen ist, ob ihnen mehr an Befriedigung ihrer Rachsucht gegen den Sieger im Eisenbahnerstreik oder an Verhöhnung ihrer Gesellschaft, die von jeher den Ausländer mehr gehaßt, als sie die Internationale geliebt hat, gelegen war.

Der Schlag war kaum gefallen, als die, die ihn geführt hatten, vor ihrem eigenen Erfolg Angst bekamen. Sie hatten eine Warnung, nicht einen Sturz der Regierung beabsichtigt, und die Umrisse eines Kompromisses waren fertig, ehe der Lärm der Niederlage verhallt war. Man läßt unter krampfhaften Komplimenten an den verblüfften französischen Verbündeten, dessen Englandkunde ebenfalls der Auffrischung bedarf, der Regierung ihr Dutzend ausländischer Lotsen und bekommt dafür die Zustimmung der Minister zur Verschärfung der Fremdensperre in allen andern Fällen. Die kümmerlichen Reste des Englanddeutschtums und die slawisch-jüdischen Kolonien im Osten Londons und in Manchester werden die Kosten zu tragen haben. Bemerkenswert, daß auch nicht für einen Augenblick die Möglichkeit einer Ersatzregierung aufgeworfen wurde. Es gibt zur Zeit keine Alternative für Lloyd George. Der Liberalismus, an dessen Zukunft wir nicht zweifeln, leidet an einer fatalen Gegenwart von Enttäuschungen und Unklarheiten, über die der jugendliche Optimismus des alten Asquith und gelegentliche Stichwahlerfolge nur unsichere Brücken schlagen. Die Arbeiterpartei, deren Erfolge bei den Londoner Gemeindewahlen politisch nicht allzu hoch zu werten sind, schillert in allen möglichen Farben vom bürgerlichen Radikalismus mit heimlicher Neigung zum Bündnis mit den Liberalen bis zu einem theoretischen Interesse an den Experimenten des Bolschewismus und holt sich, wenn sie sich gelegentlich zu gemeinsamen Aktionen zusammenrafft, wie mit ihrem Steuerprogramm, eine kräftige Abfuhr. Die launenhafte Opposition der Northcliffe-Zeitungen, auch sie vorwiegend steuer- und finanzpolitisch orientiert, zeigt, ohne ernstlich treffen zu wollen, und bewahrt ihre noch verdeckten Reserven für unbekannte Operationen der Zukunft.

Es ist nicht denkbar, daß irgendeine Partei, und am wenigsten die Regierung, das nationale Hausbuch mit seinem Defizit von 470 Millionen Pfund und einer Schuldenlast von 160 Milliarden Goldmark, worunter ein Sechstel in kurzen Fälligkeiten, ohne Angst öffnen und ohne jene recht eigentlich englische Finanzcourage schließen wird, in der die ganze Welt von England zu lernen hat. Aber nichts ist sicherer, als daß ein überwiegend großer Teil des Volkes unter Verzicht auf [illegible] und undurchdachte Steuerrevolutionen einer Lösung den Vorzug geben wird, an der der populäre und im Notfall bedenkenlose Radikalismus Lloyd Georges und der bedächtige Konservativismus seiner Toryfreunde zusammenwirken. Der Ausgang der parlamentarischen Debatten über einen Arbeiterantrag auf Einziehung einer Vermögensabgabe zur Schuldenabdeckung, ein entscheidender Ausgang, der die Krisenwoche abschloß und das Schicksal der Opposition besiegelte, hat den Plan einer nachträglichen Einziehung der Kriegsgewinne als realisierbar erwiesen; die Basis für eine Verständigung aller regierungsfähigen Elemente ist gegeben.

Das Kriegskabinett, eine Fiktion im dehnbaren Rahmen der englischen Verfassung zur Wahrung ministerieller Verantwortlichkeit bei gleichzeitigem Verzicht auf die ungefügen Zwanzigmännerregierungen der Friedenszeit, ist aufgelöst und eine der wichtigsten Abbaumaßnahmen reibungslos erfolgt. Zugleich löst Lord Curzon den alten Balfour im Auswärtigen Amt ab, während eine Regierungskommission den Entwurf der irischen Autonomie ausarbeitet, der die Politik des Winters beherr-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191115/1